

Politmonitor

Rückblick Sommersession 2026

Publikationsdatum: 23.06.2026



Inhaltsverzeichnis

Sessionsrückblick	3
Neu eingereichte Geschäfte	6
Ausblick Kommissionssitzungen Q3	9
Laufende Vernehmlassungen.....	13

Sessionsrückblick

Divers

01.06 Nationalrat **24.3805** Motion Marti (S/BL)
Für eine vereinfachte Auszahlung der Schlechtwetterentschädigung bei grosser Hitze
Stand: Erledigt



Divers

01.06 Nationalrat **25.4187** Motion Stark (V/TG)
Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse
Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Notizen: Gleichlautende Motion 25.4137 wurde im Nationalrat eingereicht.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

03.06 Ständerat **25.440** Parlamentarische Initiative Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat (UREK-N)
Abteilungen für PFAS-Sanierungen rückwirkend zulassen
Stand: Erledigt



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

03.06 Ständerat **26.3356** Postulat Moser (GL/ZH)
Einführung einer Sunset-Klausel für PFAS
Stand: Erledigt



Bauenschweiz empfahl die Ablehnung des Postulates und den Fokus auf umsetzbare und praxisnahe bereits laufende Arbeiten zu setzen. Wichtig ist es, in einem nächsten Schritte eine zielführende Regelung mit praktikablen Grenz- oder Richtwerten zu finden. Das Bundesamt für Umwelt hat dafür einen entsprechenden Auftrag des Parlamentes erhalten. Bauenschweiz und die Fachverbände stehen dazu im regelmässigen Austausch mit dem BAFU und bringen ihr Wissen auch aus technischen Arbeitsgruppen zum Thema PFAS ein. Die aktuelle Ausgangslage der Bauwirtschaft wurde im April 2026 von Bauenschweiz publiziert.

Divers

Versch. SR/NR **24.096** Geschäft des Bundesrates
Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen)
Stand: Erledigt



Das Geschäft wurde in der Sommersession im Sinne von Bauenschweiz und der Bauwirtschaft fertig beraten und in der Schlussabstimmung angenommen. Die Gewerkschaften haben das Referendum angekündigt.

Raumplanung

03.06 Ständerat

26.3359 Motion Müller (RL/LU)

Gezielte und griffige Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt die vom Bundesrat am 22. April ausgelösten Aufträge um unter anderem die Beschwerdemöglichkeit gegen Bauprojekte für Privatpersonen einzuschränken und die Innenentwicklung als nationales Interesse gesetzlich zu verankern. Gleichzeitig es ist jedoch auch wichtig, dass Kantone und Gemeinden die bestehenden Hebel nutzen, nicht nur den Wohnungsbau zu ermöglichen, sondern aus Sicht der Bauwirtschaft insbesondere auch die Bewilligungsverfahren verlässlicher, transparenter und digitaler zu machen. Bei der Diskussion mit den Mitgliederverbänden zur Motion von Ständerat Müller waren die Einschätzungen zur Wirkung unterschiedlich. Einerseits werden die ausdrücklich «bedarfsorientierte Neueinzonungen» als Mittel eingeschätzt, das hinderliche Bauvorschriften für eine Entwicklung nach Innen – wie die Ausnützungsziffer, Mindestabstände, Grünflächenanteile oder Gebäudehöhe – flexibilisiert oder aufgehoben werden können. Andere Einschätzungen sehen darin, ein Widerspruch zu RPG1 und plädieren dafür, dass die Kantone endlich das noch bestehende Potenzial mobilisieren – beispielsweise durch die bessere Nutzung bestehender Bauzonen, die Entwicklung brachliegender oder unternutzter Areale, die Transformation bestehender Strukturen, die Verdichtung an gut erschlossenen Standorten sowie durch schnellere und effizientere Bewilligungsverfahren.

Raumplanung

19.06 Nationalrat

20.492 Parlamentarische Initiative Bregy (M-E/VS)

Vision und Strategie zu Grundlagen der Raum- und Infrastrukturentwicklung. Dem Parlament verbindlich vorlegen!

Stand: Erledigt



Notiz: Wurde abgeschrieben

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften, Divers

08.06 Nationalrat

09.06 Nationalrat

evtl. 10.06 Ständerat

evtl. 15.06 Nationalrat

25.068 Geschäft des Bundesrates

«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf

Stand: Erledigt



Position: Das Geschäft wurde in der Sommersession fertig beraten. Das Referendum wurde bereits angekündigt. Bauenschweiz hat an der Vernehmlassung teilgenommen und eine Stellungnahme eingereicht. Der Dachverband spricht sich grundsätzlich für Technologieoffenheit aus, um neue Entwicklungen und Innovationen als Chance zu nutzen, und unterstützt daher auch den indirekten Gegenvorschlag. In den Rückmeldungen der Mitgliedsverbänden wurden jedoch sehr viele offene und kritische Punkte adressiert: insbesondere der gewählte Zeitpunkt nach dem klaren Votum zum Stromgesetz, die hohen Kosten und damit notwendigen Subventionen oder die fehlenden wissenschaftlichen Grundlagen zu Umsetzbarkeit und Sicherheit. Aufgrund dieser Punkte und der unbestrittenen Bedeutung der erneuerbaren Energien haben sich einzelne Mitglieder auch klar dagegen geäußert.

Kartellrecht

erg. 10.06 Nationalrat

24.4590 Motion Rüegsegger (V/BE)

Sektoruntersuchung einführen. Strukturelle Wettbewerbsprobleme lösen

Stand: In Nationalrat geplant



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Ablehnung der Motion und unterstützt die Position der economiesuisse. Auszug: Bereits heute verfügt die Behörde über ausreichende Mittel zur Marktbeobachtung. Eine Ausweitung hingegen würde die Unternehmen belasten, denn eine solche Ausweitung der Marktbeobachtung hätte zusätzliche Mitwirkungspflichten für Unternehmen zur Folge. Es bestünde das Risiko, dass das Instrument für unbegrenzte Informations- und Datenabfragen genutzt würde («fishing expeditions»). Weiter kommt hinzu, dass auch bestehende institutionelle Schwächen im Kartellverfahren verschärft würden: beispielsweise fehlt ein kontrollierendes Gegengewicht zur starken Stellung der WEKO, da Untersuchung und Entscheidung zu wenig getrennt sind. Schliesslich zeigen Erfahrungen aus dem Ausland, dass solche Instrumente zu Marktinterventionen ohne klare Rechtsverstösse führen können.

Divers

17.06 Ständerat

23.4139 Motion Schilliger (RL/LU)

Diskriminierungsfreie Schichtzulagen von der Lohngleichheitsanalyse ausnehmen

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Raumplanung

18.06 Nationalrat

24.3928 Motion Ruch (RL/VD)

Änderung der Raumplanung zugunsten von bewohnten und teilweise bewohnten Gebäuden ausserhalb der Bauzone

Stand: Erledigt



Divers

18.06 Nationalrat

24.3965 Motion Tuosto (S/VD)

Nationale Strassen und Eisenbahnen an die klimatischen und meteorologischen Unwägbarkeiten anpassen

Stand: In Nationalrat geplant



Position: Auf Grund der sich zunehmend verändernden klimatischen Bedingungen mit vermehrt Starkniederschlägen, Hagel oder Hitzetage ist es aus Sicht Bauenschweiz zentral bei Investitionen in den Gebäude- und Infrastrukturpark auch diese Herausforderungen einzubeziehen.

Raumplanung

18.06 Nationalrat

25.3972 Motion Gmür-Schönenberger (M-E/LU)

Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion, die auf der Studie von BWO und ARE zu den Rechtsmittelsystemen vom 1. Juli 2025 basiert. Bauenschweiz war in der Begleitgruppe vertreten. Der Entscheid des Ständerates, die Motion anzunehmen, verleiht den laufenden Arbeiten bei ARE und BWO zusätzlichen Rückenwind und stärkt das Anliegen, die in der Motion geforderten Klärungen konkret mit Massnahmen zu unterlegen.

Raumplanung

18.06 Nationalrat

25.3973 Motion Gmür-Schönenberger (M-E/LU)

Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren

Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion, welche auf der Studie von BWO und ARE; zu den Rechtsmittelsystemen vom 1. Juli 2025 basiert. Bauenschweiz war in der Begleitgruppe vertreten. Der Entscheid des Ständerates, die Motion anzunehmen, verleiht den laufenden Arbeiten bei ARE und BWO zusätzlichen Rückenwind und stärkt das Anliegen, die in der Motion geforderten Klärungen konkret mit Massnahmen zu unterlegen.

Divers

18.06 Nationalrat

25.4003 Postulat Grünliberale Fraktion (GL)

Wirtschaft entlasten durch Vereinfachung des Steuersystems

Stand: In Nationalrat geplant / nicht behandelt



Neu eingereichte Geschäfte

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.4043 Motion Gmür-Schönenberger (M-E/LU)

Rechtssichere Pilotprojekte für einfaches Bauen (Gebäudetyp E)

Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz unterstützt die Frage, wo auf Bundesebene noch Rechtssicherheit geschaffen werden kann für Pilotprojekte Gebäudetyp E. Wichtig ist der umgehende Einbezug unserer Mitglieder wie SIA, BSA oder FSU, welche bereits eine Vernetzungsplattform zum Thema initiiert haben. Zudem ist es eine Massnahme im Aktionsplan Wohnungsknappheit (C6.2) unter dem Lead von ARE und SIA.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.3847 Interpellation Kälin (G/AG)

PFAS: Warum kommuniziert der Bundesrat nicht klar mit den für die Schweiz relevanten Zahlen?

Stand: Eingereicht



Divers

26.3846 Interpellation Jauslin (GL/AG)
Inwiefern steht der Bundesrat, der die PFAS zur Anwendung zulässt, in der Verantwortung gegenüber Kantonen, Gemeinden und Steuerzahlenden?
Stand: Eingereicht



Raumplanung

26.3545 Interpellation Klopfenstein Broggin (G/GE)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Divers

26.435 Parlamentarische Initiative Glarner (V/AG)
Lehre vor Studium - Berufspraxis als Zulassungsvoraussetzung für alle tertiären Bildungseinrichtungen
Stand: Eingereicht



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.3691 Motion Docourt (S/NE)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Divers

26.3688 Interpellation Pahud (V/VD)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Divers

26.3838 Motion Masshardt (S/BE)
Reparatur und Ersatzteilverfügbarkeit zu einem angemessenen Preis auch für Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz garantieren
Stand: Eingereicht

Raumplanung

26.3798 Motion Grünliberale Fraktion (GL)
Nationale Offensive für attraktive Wohnquartiere
Stand: Eingereicht



Position: Im Rahmen des Aktionsplans Wohnungsknappheiten und bei den Mitgliedern von Bauenschweiz wie SIA, BSA und FSU finden zahlreiche Massnahmen zu einer attraktiven Innenentwicklung statt. Diese sollten bei der Beantwortung und Bearbeitung des Themas eng einbezogen werden.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

26.056 Geschäft des Bundesrates
«Gegen die Zerstörung unserer Wälder durch Windturbinen
(Waldschutz-Initiative)». Volksinitiative
Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz nimmt die Vorlage in der Arbeitsgruppe Nachhaltiges Bauen auf. Grundsätzlich setzen wir uns als Dachverband für eine Versorgungssicherheit mit Energie ein. Dies auch für die vielseitige Produktion von Baumaterial. Dafür ist auch die Windenergie ein wichtiger Bestandteil. Das gleich gilt für die Vorlage «Für den Schutz der direkten Demokratie bei Windparks» (Gemeindeschutz-Initiative). Auch diese wurde ohne Gegenvorschlag dem Parlament unterbreitet.

Divers

26.3586 Postulat de Quattro (RL/VD)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz begleitet die Revision der Brandschutzvorschriften seit deren Beginn, ist im Steuerausschuss vertreten und hat zahlreiche Expertinnen und Experten aus den Mitgliedverbänden für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen nominiert. Damit hat sich Bauenschweiz gemeinsam mit weiteren Vertretern der Bauwirtschaft, Brandschutzfachleuten, dem Gewerbe sowie Bauherrenorganisationen aktiv in die fundierte Erarbeitung der Revision eingebracht und deren Stossrichtung unterstützt. Es ist wichtig, dass die im Postulat aufgeworfenen Fragen die Arbeiten der vergangenen Jahre sowie die laufende Revision nicht grundsätzlich in Frage stellen. Gleichzeitig müssen die Erkenntnisse aus der tragischen Katastrophe von Crans-Montana angemessen in die laufende Revision einfließen können. Bauenschweiz plädiert deshalb dafür, die IOTH und die VKG eng in allfällige Abklärungen einzubeziehen.

Raumplanung

26.3535 Motion Wasserfallen (RL/BE)
Grundlagen für Raumplanung verbessern durch aktualisierte
Prognosen
Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz setzt sich im Rahmen von effizienteren Baubewilligungsverfahren auch für klare Planungsgrundlagen ein. Möchte aber gleichzeitig verhindern, dass unnötige Mehraufwände entstehen anstatt Baubewilligungsanträge rasch abzuarbeiten.

Ausblick Kommissionssitzungen Q3

Beschaffungsrecht, Beschaffungsrecht, Beschaffungsrecht, Beschaffungsrecht, Beschaffungsrecht

22.06 WAK-N

25.4638 Motion Wicki (RL/NW)

Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion von Präsident Hans Wicki. Bei Beschaffungen der öffentlichen Hand hängt das Verfahren vom Auftragswert ab: Je höher dieser ist, desto aufwendiger das Verfahren. Die Schwellenwerte wurden seit 2019 nicht angepasst, obwohl die Baupreise seither um rund 15 % gestiegen sind. Dadurch fallen heute unveränderte Projekte häufiger in strengere Verfahren. Das führt zu mehr Bürokratie und höheren Kosten für Auftraggeber und Unternehmen. Besonders für KMU ist dies belastend, da sie hohe Offerte-kosten schlechter tragen können. Die Bauwirtschaft braucht bei Hoch- und Tiefbauprojekten der öffentlichen Hand Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen. Dazu gehören berechenbare und transparente Schwellenwerte, die sich an den Entwicklungen in der Bauwirtschaft orientieren. Deshalb spricht sich der Dachverband dafür aus, die Schwellenwerte an die Teuerung anzupassen und eine entsprechende Methode gemeinsam mit allen Beteiligten festzulegen. Bundesrat und Ständerat erkennen ebenfalls den Handlungsbedarf. Die Motion geht nun in die vorberatende Kommission des Nationalrats.

Kartellrecht

22.06 WAK-N

26.049 Geschäft des Bundesrates

17.08 WAK-N

Kartellgesetz (Reform der Wettbewerbsbehörden)

Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz lehnt die Vorlage ab und empfiehlt deren Rückweisung an den Bundesrat zur umfassenden Überarbeitung. Das Kernproblem – die fehlende Trennung von Untersuchung und Entscheid – bleibt ungelöst und ist verfassungs- und konventionsrechtlich bedenklich. Die Vorlage setzt überdies am falschen Punkt an: Die massgeblichen Verzögerungen entstehen beim Bundesverwaltungsgericht, nicht bei der WEKO.

Divers

25.06 RK-S

25.079 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Änderung

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Die Motion von Ständerat Peter Hegglin 24.4420 wurde an den Bundesrat überwiesen. Bauenschweiz unterstützte das Anliegen und damit auch die nun vorliegende Umsetzung. Das Bundesgericht hat im Spätsommer 2024 einen für die Bauwirtschaft weitreichenden Entscheid gefällt: Entgegen der bisherigen Praxis ist es seither in der Schweiz nicht mehr möglich bei Abbauprojekten zur Erschliessung von Primärrohstoffen frühzeitig eine Dienstbarkeit im Grundbuch einzutragen, um die Abbau- und Deponierechte zu sichern. Die Parteien benötigen bei solchen Projekten frühzeitige Rechtssicherheit. Von der Absichtserklärung der Involvierten, bis zum kantonalen Richtplaneintrag und zur Zonenplanänderung auf Gemeindeebene dauert es in der Regel mindestens zehn Jahre. In dieser Phase werden von den Unternehmen sechs- bis siebenstelligen Summen vorinvestiert. Die neueste Rechtsprechung verhindert, dass diese Investitionen frühzeitig dinglich abgesichert werden können. Für Grundbesitzer andererseits steigt der Druck, wenn sie ohne grundbuchamtliche Zusicherung in den kommunalen, politischen Prozessen ihre Interessen wahrnehmen wollen. Überdies verlieren die Landwirte die Möglichkeit von Anfang an in einem partnerschaftlichen Verhältnis die Rahmenbedingungen für einen Abbau festzulegen. Es ist davon auszugehen, dass schweizweit deutlich weniger Gesuche für den Kiesabbau, die Wiederauffüllung oder das Errichten und den Betrieb einer Deponie eingereicht werden. Ist die inländische Versorgung in Frage gestellt, müsste Rohstoff importiert werden, was aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht keinen Sinn macht.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

10.08 UREK-N

21.432 Parlamentarische Initiative Ryser (G/SG)

Grundlagen für ein CO₂-Grenzausgleichssystem schaffen

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Damit inländische Produktionsunternehmen von Baumaterialien auch gegenüber Konkurrenten aus Nicht-EU-Staaten und dem nahen Ausland wettbewerbsfähig bleiben und damit weiterhin qualitativ hochwertige Baustoffe hierzulande produzieren können, braucht es zielgerichtete Massnahmen pro Sektor.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

10.08 UREK-N

24.421 Parlamentarische Initiative Pahud (V/VD)

Schweizer Holz verwerten und in den Gebäuden des Bundes verwenden

Stand: In Kommission des Nationalrats



Divers

29.06 WBK-S
29.06 SPK-S
10.08 WAK-S
10.08 WAK-S
13.08 APK-S
13.08 APK-S
13.08 APK-S
13.08 APK-S
03.09 APK-S
03.09 APK-S

26.023 Geschäft des Bundesrates
Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)»
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz hat an der Vernehmlassung teilgenommen und eine Stellungnahme zum Paket eingereicht. Darin unterstützt der Dachverband das mit der EU ausgehandelte Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU im Grundsatz, hat aber klare Forderungen zur innerstaatlichen Umsetzung. Für die Schweizer Bauwirtschaft sind stabile und vorhersehbare Beziehungen zur EU von enormer Wichtigkeit. Dabei ist besonders auf die Bedeutung des Freizügigkeitsabkommen (FZA) sowie des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) hinzuweisen. Nach der parlamentarischen Beratung wird Bauenschweiz das Gesamtpaket erneut prüfen und erst dann eine entsprechende Parole fassen.

Divers

17.08 WAK-N

23.462 Parlamentarische Initiative Grossen (GL/BE)
Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative und begrüsst die Vorlage der Subkommission in Sachen Schweizerische Post mit einer klaren Formulierung zum Thema Quersubventionierung. Gleichzeitig betreffen die Herausforderungen grundsätzlich Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten.

Divers

20.08 RK-N

21.470 Parlamentarische Initiative Roduit (M-E/VS)
Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss strafrechtlich verfolgt werden
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative und bittet die Räte, die Beratung nach der Vernehmlassung des Vorentwurfs 2025 nun weiterzuführen.

Divers

20.08 RK-N

26.044 Geschäft des Bundesrates
Stockwerkeigentumsrecht (Art. 712a ff. ZGB). Änderung
Stand: Eingereicht



Position: Bauenschweiz vereint sämtliche Akteure bei Bau- und Sanierungsverfahren und im vorliegenden Thema auch die direkt betroffenen Ingenieur-Geometer an der Schnittstelle von Grundbuch und Vermessung bei der Begründung und Nachführung von Grundstücksrechten. Nach einer Beurteilung der bundesrätlichen Vorlage unterstützt Bauenschweiz die Stossrichtung der Vorlage ausdrücklich, beantragt jedoch auf den administrativen Mehraufwand zu verzichten. Die Ziele der Vorlage lassen sich mit bestehenden und bewährten Verfahren erreichen.

Raumplanung

31.08 UREK-N

26.035 Geschäft des Bundesrates
Geoinformationsgesetz (Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen). Änderung
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz nahm 2025 an der **Vernehmlassung** teil und unterstützt die Vorlage. Grundsätzlich wurden viele Punkte der Vernehmlassung in dem nun vorliegenden Entwurf eingearbeitet. Insbesondere die Streichung der Haftung (alt Art. 18) ist zu begrüssen. Zudem ist eine funktionale Abgrenzung zwischen dem Grundbuch und dem ÖREB-Kataster im Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen sinnvoll und notwendig, da dies bestehende Doppelspurigkeiten aufhebt.

Laufende Vernehmlassungen

2025/58 Laufende Vernehmlassungen

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Frist: 15.07.26



Beschreibung: Mit dieser Vorlage sollen die vom Bundesrat mit der Ablehnung der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» beschlossenen Verschärfungen der Lex Koller betreffend Erwerb von Betriebsstätten, von Hauptwohnungen durch Drittstaatsangehörige, von Anteilen an Wohnimmobilien-gesellschaften, die an einer Schweizer Börse kotiert sind, von regelmässig auf dem Markt gehandelten Anteilsscheinen von Immobilienfonds oder Aktien von Immobilien-SICAV sowie von Ferienwohnungen oder Wohneinheiten in Apparthotels umgesetzt werden. Gleichzeitig soll die Motion Schmid 22.4413 realisiert werden. Diese verlangt, ausländisch beherrschten Hotels den Erwerb und den Bau von Personalwohnungen zu ermöglichen.

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben-2](#), [Begleitschreiben](#), [Adressatenliste](#), [Diverses](#), [Synoptische Tabelle](#)

SR-Referenzen: [211.412.41](#)

Position: Der interne Meinungsbildungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Aktuell beurteilen die Mitglieder von Bauenschweiz die Stellungnahme im Entwurf. Dieser beantragt Zurückweisung und separate Umsetzung der Motion Schmid.

Divers

2026/42 Laufende Vernehmlassungen

Revision der Holzhandelsverordnung (HHV) zur Beseitigung von Handelshemmnissen im Zusammenhang mit Importen von Holz und Holzzeugnissen aus der Europäischen Union (EU)

Frist: 13.08.26



Beschreibung: Die Holzhandelsverordnung (HHV) soll angepasst werden, um die Importe aus der EU zu vereinfachen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Schweizer Unternehmen zu stärken. Für Holz und Holzzeugnisse mit nachgewiesener EU konformer Erstinverkehrbringung soll künftig eine vereinfachte Sorgfaltspflicht möglich sein. Die entsprechenden Änderungen sind dem Entwurf der revidierten Verordnung zu entnehmen.

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben](#), [Begleitschreiben-2](#), [Adressatenliste](#), [Synoptische Tabelle](#)

SR-Referenzen: [814.021](#)

Position: Der interne Meinungsbildungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Aktuell beurteilen die Mitglieder von Bauenschweiz die Stellungnahme im Entwurf. Diese beantragt die Unterstützung.

Kartellrecht

2026/12 Laufende Vernehmlassungen

Totalrevision von drei Verordnungen zum Kartellgesetz

Frist: 17.09.26



Beschreibung: Das Parlament hat mit der Schlussabstimmung vom 19. Dezember 2025 die Teilrevision des Kartellgesetzes (KG) angenommen. Dies macht die Anpassung von drei der vier kartellrechtlichen Verordnungen erforderlich. Konkret sind die Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (VKU; SR 251.4), die KG-Sanktionsverordnung (SVKG; SR 251.5) sowie die Gebührenverordnung KG (GebV-KG; SR 251.2) betroffen. Darüber hinaus werden diese drei Verordnungen an die Entwicklungen der Rechtsetzung sowie der mittlerweile reichhaltigen Rechtsprechung angepasst. Aufgrund der insgesamt mannigfaltigen Änderungen werden diese drei Verordnungen totalrevidiert.

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage - GebV-KG](#), [Vernehmlassungsvorlage - VKU](#), [Vernehmlassungsvorlage - SVKG](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben-2](#), [Begleitschreiben](#), [Adressatenliste](#)

SR-Referenzen: [251.5](#), [251.4](#), [251.2](#)

Position: Aktuell läuft der Meinungsbildungsprozess mit den Mitglieder. In einem ersten Schritt prüft die Arbeitsgruppe im Austausch mit anderen Wirtschaftsdachverbänden die Vorlage.

Divers, Raumplanung

2026/64 Laufende Vernehmlassungen

Vorlage zur verkehrsträgerübergreifenden Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse: Verkehr '45

Frist: 09.10.26



Beschreibung: Mit der Vernehmlassungsvorlage «Verkehr '45» sollen die Kapazitäten auf der Schiene erhöht, Engpässe auf der Nationalstrasse reduziert und Verkehrsprojekte in Agglomerationen gefördert werden. Der Bundesrat will damit erstmals den Infrastrukturausbau über alle Verkehrsträger in einer gemeinsamen Vorlage bündeln.

Unterlagen: [Vorlagen \(14\)](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben-2](#), [Begleitschreiben](#), [Adressatenliste](#), [Synoptische Tabelle](#), [Fragebogen](#)

Position: Aktuell läuft der Meinungsbildungsprozess mit den Mitgliedern.

Divers

2026/37 Laufende Vernehmlassungen

Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (Umsetzung Motion 24.3202 Candinas

Martin)

Frist: 16.10.26



Beschreibung: Die vorliegende Gesetzesrevision ermöglicht den Informationsaustausch zwischen kantonalen Kontrollorganen sowie Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursämtern zur Schwarzarbeitsbekämpfung. Zudem erhalten die kantonalen Kontrollbehörden eine gesetzliche Grundlage für den direkten Zugriff auf das IVZ-Datensystem des Bundesamts für Strassen. Schliesslich wird im Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen vom 26. September 2025 (TJPG) eine Lücke geschlossen, damit die zuständigen Stellen im Bereich der Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch, Versicherungsbetrug und Schwarzarbeit dem Transparenzregister Unstimmigkeiten melden dürfen

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben-2](#), [Begleitschreiben](#), [Adressatenliste](#), [Synoptische Tabelle](#)

SR-Referenzen: [822.41](#)

Position: Aktuell läuft der Meinungsbildungsprozess mit den Mitgliedern.

Divers

2025/10 Laufende Vernehmlassungen

Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG)

Frist: 28.09.26



Beschreibung: Das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG) wird an die Entwicklungen im internationalen Warenhandel angepasst, der sich aufgrund der Digitalisierung und der Kreislaufwirtschaft verändert hat. Die Vorlage enthält darum die Grundlage für ein digitales Informationssystem (digitaler Produktpass). Damit können Produktdaten elektronisch weitergegeben werden, was Wiederverwendung sowie Recycling fördert und die Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Zudem werden die Verantwortlichkeiten der Wirtschaftsakteure wie Hersteller oder Anbieter von Online-Marktplätzen entlang der Produktions- und Vertriebsketten geklärt, damit die in der Schweiz verkauften Produkte den Schweizer Vorschriften entsprechen. Darüber hinaus werden die geltenden Bestimmungen betreffend Marktüberwachung, Akkreditierung sowie Datenschutz modernisiert. Koordiniert wird diese Vorlage mit der laufenden Teilrevision des Produktsicherheitsgesetzes.

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben-2](#), [Begleitschreiben](#), [Adressatenliste](#), [Synoptische Tabelle](#)

SR-Referenzen: [946.51](#)

Divers

2025/9 Laufende Vernehmlassungen

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Produktesicherheit (PrSG)

Frist: 28.09.26



Beschreibung: Das Bundesgesetz über die Produktesicherheit (PrSG, SR 930.11) bezweckt, die Sicherheit von Produkten zu gewährleisten. Das PrSG ist seit dem 1. Juli 2010 in Kraft und setzt die europäische Richtlinie über die allgemeine Produktesicherheit ins Schweizer Recht um. Seither hat sich im grenzüberschreitenden Warenhandel vieles verändert, insbesondere durch die Zunahme des Onlinehandels. Aufgrund der neuen europäischen Verordnung über die allgemeine Produktesicherheit soll das PrSG teilrevidiert werden. Damit soll das PrSG für Produkte, die nicht durch andere bundesrechtliche Bestimmungen mit denselben Zielen abgedeckt sind, weiterhin ein vergleichbares Sicherheitsniveau wie in der EU gewährleisten und den erleichterten Zugang zum Binnenmarkt der EU als der wichtigsten Handelspartnerin der Schweiz ermöglichen. Diese Vernehmlassung findet parallel zur Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG, SR 946.51) statt, da diese beiden Erlasse konzeptionell verknüpft sind.

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#), [Erläuternder Bericht](#), [Begleitschreiben-2](#), [Begleitschreiben](#), [Adressantenliste](#), [Synoptische Tabelle](#)

SR-Referenzen: [930.11](#)

Bauenschweiz prüft zudem die heute eröffnete und im System noch nicht erfasste **Vernehmlassung zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)** – Anpassung der Tarifkategorien bei der Unternehmensabgabe.